

Automobilgipfel des Bundeskanzlers

Verbrenner-Aus ab 2035 – Sonderstellung für E-Fuels

Nach dem Jahr 2035 dürfen in der EU keine Autos mehr zugelassen werden, die mit Benzin oder Diesel betrieben werden, außer klimaneutrale, synthetisch hergestellte Kraftstoffe – und der Bundeskanzler lädt zum Automobilgipfel.

Große Aufregung gab es Anfang März 2023 in Brüssel: Nach einer informellen Einigung im Trilog im Oktober 2022 und der formellen Zustimmung des Europäischen Parlaments sollten nun auch die Mitgliedstaaten im Rat offiziell der CO₂-Verordnung für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge zustimmen. Demnach sollen die Hersteller die Emissionen ihrer neu verkauften Pkw bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 2021 – anstatt bisher um 37,5 Prozent – senken, bei Lieferwägen liegt der Wert bei 50 Prozent. Ab 2035 dürfen die Hersteller nur noch emissionsfreie Autos verkaufen. Die Möglichkeit, Autos mit klimaneutralen, synthetischen Kraftstoffen, sogenannten E-Fuels, auch nach 2035 zu betreiben, ist nicht im Rechtstext verankert. Die Diskussion darüber wurde zum großen Politikum und die Zustimmung des Rats unsicher.

Debatte über E-Fuels

Vor der Abstimmung im Rat war das Votum der Botschafter:innen gescheitert. Die schwedische Ratspräsidentschaft hatte vorerst das Dossier von der Tagesordnung genommen. Angestoßen wurde die Diskussion von Deutschland. Die FDP unter Bundesverkehrsminister Volker Wissing kritisierte, dass die EU-Kommission noch keinen Vorschlag dazu vorgelegt habe, wie nach 2035 mit klimafreundlichen Kraftstoffen wie E-Fuels betankte Fahrzeuge zugelassen werden können. Wissing hielt damals fest, dass Deutschland dem pauschalen Verbrenner-Aus zu diesem Zeitpunkt nicht zustimmen könne. Die EU-Kommission müsse – wie bereits 2022 vereinbart – einen Vorschlag unterbreiten, wie E-Fuels nach 2035 in Verbrennungsmotoren eingesetzt werden können.



Am 19. April 2023 lud Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) Expertinnen und Experten der Automobilwirtschaft zu einem Gipfel im Bundeskanzleramt ein. Im Bild mit Bundesminister Martin Kocher (r.).

Deutschland bekommt Rückendeckung

Im Windschatten dieser Meinung positionierten sich Italien, Polen, Bulgarien, die Tschechische Republik und schließlich Österreich, wodurch die notwendige qualifizierte Mehrheit im Rat nicht mehr möglich gewesen wäre. Die Forderung unter dem Stichwort „Technologieoffenheit“ war, dass „grüne Brenner“ auch über das angepeilte Verbotsdatum 2035 hinaus zulassungsfähig sein sollen, sofern sie mit E-Fuels oder synthetischen Kraftstoffen betrieben werden.

EU-Kommission muss konkreten Plan bis Herbst 2024 vorlegen.

Im März wurde insbesondere zwischen Deutschland und der EU-Kommission diskutiert und verhandelt. Schließlich kam es zur Einigung, dass die EU-Kommission bis zum Herbst 2024 die Ausnahmen für E-Fuels veröffentlichen muss. Es sind konkrete Verfahrensschritte und ein Zeitplan vorzulegen. Unter diesen Bedingungen haben die Mitgliedstaaten der Verordnung über CO₂-Emissionen für neue Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge im Rat am 28. März zugestimmt.

Bundeskanzler lädt zum „Automobilgipfel“

Auch in Österreich wird das Thema heiß diskutiert. Bundeskanzler Karl Nehammer hat bereits in seiner „Rede zur Zukunft der Nation“ im März 2023 mit der Aussage, dass Österreich ein Autoland sei, für Schlagzeilen gesorgt. Im April hat er sodann zu einem „Automobilgipfel“ eingeladen. Kontrovers zum grünen Koalitionspartner wurde von der ÖVP das Bekenntnis zum „grünen Verbrenner“ bestärkt, anstatt rein Elektro-Autos zu forcieren. Wichtig war dem Bundeskanzler auch, dass Denkverbote aufgelöst werden sowie Forschung und Entwicklung weiter gefördert werden.

Absicherung des Forschungs-, Innovations- und Produktionsstandortes Österreich

Hierzulande hängen laut Bundeskanzleramt mittelbar und unmittelbar mehr als 300.000 Arbeitsplätze von der

Autoindustrie ab. Gemeinsam mit rund 30 Expert:innen aus Industrie und Wissenschaft wurde diskutiert, was es brauche, um einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, ohne den Industriestandort Österreich zu gefährden. Die Herausforderungen einer erfolgreichen Transformation der österreichischen Fahrzeugindustrie wurde thematisiert.

Automotiver Bereich mit wesentlichem Beitrag zu Wertschöpfung und Beschäftigung

Laut Berechnungen des Bundeskanzleramtes betrage die heimische Wertschöpfung der Autoindustrie 27 Milliarden Euro. KMU nehmen dabei eine besondere Rolle ein. Außerdem sei Österreich eines der führenden Länder bei der Anmeldung von Patenten in diesem Bereich. Der Bundeskanzler betonte, dass mehr Arbeitsplätze entstehen, wenn der Transformationsprozess richtig genutzt wird. So war ein wesentlicher Diskussionspunkt das Thema Investitionsförderungen für die Errichtung und den Umbau von Anlagen zur Produktion grüner Produkte, die in der Anwendung ressourcenschonend sind, wie beispielsweise Wasserstoff- und E-Autos und deren Teile.

Stimmen rund um den Automobilgipfel

Karl-Heinz Rauscher, Obmann des Fachverbandes der Fahrzeugindustrie in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ): „Nur wenn die österreichische Fahrzeugindustrie und ihre Zulieferbetriebe dabei unterstützt werden, solche neuen Produktionsstätten zu errichten bzw. ihre bestehenden Anlagen für die neuen Herausforderungen umzurüsten, können sie Teil der internationalen Lieferketten bleiben.“

Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ): „Angesichts der Größenordnung dieser Transformation und der Diversität der Anwendungsformen wird es zur Zielerreichung im Verkehr alle denkbaren klimaneutralen Antriebsformen und die eine oder andere Zwischenlösung brauchen. Die Wirtschaft befürwortet daher einen technologieoffenen Weg als wichtig und richtig.“

Peter Koren, Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV): „Bei der klimaneutralen Transformation geht es darum, alle vorhandenen Lösungen zu bündeln und nicht gegeneinander auszuspielen, gerade im Hinblick darauf technologische Lösungen zu forcieren und zukunftssichernde Rahmenbedingungen zu schaffen. Ein technologieoffener Ansatz statt strikter Verbote ist notwendig.“

Peter Rezar, Präsident der ARBÖ-Bundesorganisation: „Es geht in Zukunft nicht um ein ‚Entweder-oder‘ sondern darum, dass alle verfügbaren Möglichkeiten

ausgenutzt werden. Der Elektroantrieb ist wichtig für die Mobilität von morgen, darüber hinaus gibt es aber noch weitere Technologien, die künftig den Verkehr sauberer gestalten können.“

Bernhard Wiesinger, Leiter der ÖAMTC-Interessenvertretung: „Das Bekenntnis zur Technologieoffenheit ist ein wichtiges Signal, denn einerseits ist E-Mobilität unbestritten ein wichtiger Baustein dieser Zukunft. Andererseits: Mit E-Autos allein werden wir es nicht schaffen, die Klimaziele im Verkehr zu erreichen. Denn wir bräuchten bis 2030 bereits 2,5 Millionen E-Autos auf Österreichs Straßen – und nichts deutet derzeit darauf hin, dass solche Zahlen erreichbar sind.“

Stephan Schwarzer, Geschäftsführer der eFuel Alliance Österreich: „E-Fuels stehen nicht in Konkurrenz zur E-Mobilität, sondern ergänzen sie dort, wo es notwendig und sinnvoll ist. Sie ersetzen fossile Treibstoffe, die CO₂-Emissionen verursachen. Wie rasch die E-Mobilität greift, hängt nicht zuletzt davon ab, ob eine stabile und preisgünstige Stromversorgung für E-Fahrzeuge gesichert werden kann und zu welchen Preisen E-Autos auf den Markt kommen. E-Fuels ersetzen parallel dazu fossile Treibstoffe und tragen so zur rascheren Erreichung der Klimaziele bei. Weltweit werden Verbrennerfahrzeuge noch sehr lange im Einsatz sein, für den Klimaschutz wäre es fatal, wenn die Politik ihnen den klimaneutralen Treibstoff verwehrt.“

Sabine Jungwirth, Bundessprecherin der Grünen Wirtschaft: „Die Autokonzerne und ihre Zulieferer setzen [...] bereits jetzt klar auf Elektro-Autos. E-Fuels sind nur für Spezialanwendungen wie im Flug- oder Schiffsverkehr zukunftsfähig. Was die Unternehmen jetzt brauchen, ist nicht Technologie-Offenheit, sondern Technologie-Klarheit – und entsprechende Investitionen in die Infrastruktur.“

Julia Herr, SPÖ-Umweltsprecherin: „Wir müssen jetzt den Weg in eine klimafreundliche Zukunft einschlagen, dann können sich Unternehmen daran orientieren und die notwendigen Investitionen setzen. Das ist nicht nur am besten für den Klimaschutz, sondern auch, um Betriebe und Jobs hier in Österreich zu erhalten!“ ●



MMag. Verena Gartner (WKÖ)
verena.gartner@wko.at